Für unsere Leute.

Kommunalwahlprogramm 2020

AfD

Rheinisch-Bergischer Kreis

Kommunalwahlprogramm der AfD im Rheinisch-Bergischen Kreis

Für unsere Leute in Rhein-Berg!

Jörg Feller, Dipl.-Volkswirt,
Kreistagsabgeordneter der AfD seit 2014

Liebe Bürger,

für die AfD im Rheinisch-Bergischen Kreis sind die Wahlen zum Kreistag und zu den Stadt- und Gemeinderäten am 13. September besonders wichtig. Durch die lokale Arbeit in den Kommunen festigen wir unsere Strukturen und werden zum unverzichtbaren Teil des politischen Geschehens in unserer Heimat.

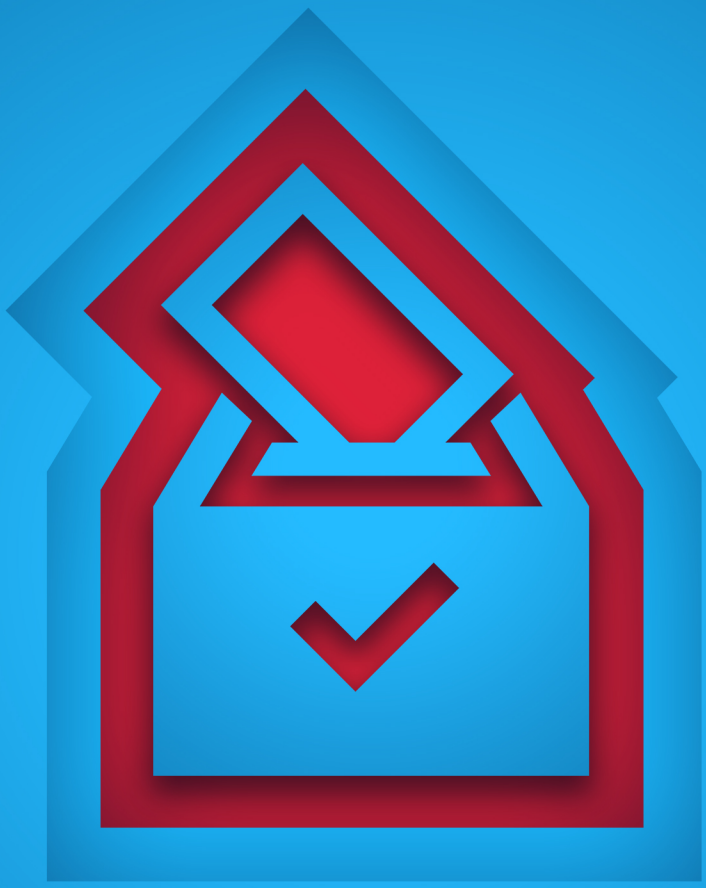
Ganz konkret geben wir unserer Partei in den Räten und den Ausschüssen vor Ort auch künftig ein Gesicht. Wir kämpfen auf allen Ebenen für bürgerliche Freiheit, für innere Sicherheit, für einen soliden Haushalt, für nachhaltigen Umweltschutz und für gewachsene Heimat.

Im Kreistag sowie in den Stadt- und Gemeinderäten des Rheinisch-Bergischen Kreises werden wir weiterhin unseren konstruktiven Beitrag zum Gemeinwohl leisten und dort die Stimme erheben, wo unbequeme Wahrheiten ausgesprochen werden müssen.

Ihr Jörg Feller,
AfD-Spitzenkandidat für den Kreistag

Inhaltsverzeichnis

1.	Präambel	2
2.	Demokratie und Mitbestimmung	5
3.	Ordnung und Sicherheit	7
4.	Haushalt und Finanzen	9
5.	Gewerbe und Unternehmertum	12
6.	Kinder und Familien	14
7.	Bildung und Kultur	17
8.	Asyl und Zuwanderung	20
9.	Verkehr und Infrastruktur	24
10.	Umwelt und Klima	27
11.	Gesundheit und Pflege	30
12.	Landwirtschaft und Ernährung	32



Demokratie & Mitbestimmung

Demokratie & Mitbestimmung

Zentral für unsere Staatsordnung ist das Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet den Vorrang der persönlichen Verantwortung, der kleineren Einheit (Familie, Gemeinde) vor der größeren. Nur dort, wo deren Möglichkeiten nicht ausreichen, die Aufgaben der Daseinsgestaltung zu lösen, sollen höhere staatliche Institutionen eingreifen. Kleine Einheiten sind vor Bevormundung zu schützen.

Mit der im Grundgesetz verankerten **kommunalen Selbstverwaltung** und **Subsidiarität** ist es jedoch in Wirklichkeit nicht weit her: Die Gemeinden und Kreise verwalten in der Hauptsache Vorgaben, die ihnen vom Land und vom Bund gemacht werden.

Wir wollen die Gemeinden, Städte und Kreise dagegen mit echtem Gestaltungsspielraum ausstatten. Sie sollen lokale Aufgaben selbst definieren und eigenverantwortlich erfüllen können. Dafür braucht es auch eine **stärkere und direktere Bürgerbeteiligung** an Entscheidungsprozessen.

Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sind das ideale Instrument, um die Teilhabe an den kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Sie befördern die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen und stärken das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen, dem man angehört. Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen unterscheidet Bürgerentscheide „von unten" (infolge eines Bürgerbegehrens) und „von oben" (Ratsbürgerentscheid infolge eines Ratsbeschlusses). Durch organisatorische Hindernisse und Themenausschlüsse werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jedoch oft behindert. Die AfD wird sich im Kreistag und den Stadt- und Gemeinderäten dafür einsetzen, dass deutlich mehr Entscheidungen als bisher durch Ratsbürgerentscheide auf die Bürger übertragen werden. Damit werden auch die Voraussetzungen verbessert, auf der Bundesebene Volksentscheide nach Schweizer Vorbild einzuführen.

Ordnung & Sicherheit

Ordnung & Sicherheit

Ordnung und Sicherheit sind die Grundlagen für ein friedliches und harmonisches Zusammenleben aller Bürger. Als Rechtsstaatspartei setzt sich die AfD in Bund, Ländern und Kommunen vor Ort für den Erhalt der inneren Sicherheit ein. Wir befürworten im Rheinisch-Bergischen Kreis eine Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt im Rahmen einer **Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft**. Dazu gehört auch eine verstärkte Präsenz durch das Ordnungsamt zur Verhinderung von Einbrüchen, Autoaufbrüchen und anderen Straftaten, auch zu Nachtzeiten. Die AfD tritt ferner für die konsequente Nutzung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten ein.

Das Ordnungsamt leistet eine wichtige Aufgabe und verdient jede Anerkennung. Um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu verbessern, setzt sich die AfD für die **Erhöhung der Mitarbeiterzahl im Ordnungsamt** ein.

Achtsame und handlungsbereite Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erzielt auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Unsere künftigen AfD-Fraktionen im Kreis werden für Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung eintreten. Ebenso setzt sich die AfD für **fest installierte Notrufsäulen** ein, um schnell Hilfe rufen zu können. Besonders Frauen, Kindern und älteren Mitbürgern in den Abendstunden können diese Einrichtungen helfen.

Die AfD setzt sich für die **Neubewertung von Ordnungsgebühren** nach einem wirtschaftlichen und fairen Verteilungsprinzip für die Bürger ein. Ordnungsgelder dürfen nicht verwendet werden, um den Haushalt zu sanieren. Faire und transparente Gebühren sowie etwaige Rückerstattungen sind das Recht jedes Bürgers.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist ein lebenswerter Kreis. Sauberkeit im öffentlichen Raum ist wichtig, um die Lebensqualität zu erhalten. Verschmutzte Straßen und vermüllte Parks tragen nicht dazu bei, diese Orte mit Leben zu füllen. Die AfD setzt sich für ausreichend Abfalleimer und eine **effiziente Müllentsorgung** im öffentlichen Raum wie auch für private Haushalte ein.

Für eine Verschandelung des Stadtbildes sorgen Graffitis und Aufkleber an Wänden, Laternen und Haltestellen. Die AfD sagt auch dieser oft ignorierten Form des **Vandalismus** kompromisslos den Kampf an!

Haushalt & Finanzen

Haushalt & Finanzen

Die Städte und Gemeinden in unserem Kreis sind hoch verschuldet. Der Rheinisch-Bergische Kreis selbst hat in den letzten fünf Jahren – bei immer höheren Mittelzuflüssen – sein Eigenkapital halbiert. Die Schulden lasten an uns Bürgern und Steuerzahlern. Ständig steigende Grundsteuerbelastungen für Eigentümer und Mieter und stetig steigende Gewerbesteuerlasten insbesondere für Handwerk und Mittelstand sind die Folge. Gleichzeitig ist durch den jahrzehntelang unverantwortlichen Umgang mit den öffentlichen Finanzen die Handlungsfähigkeit unserer Städte, Gemeinden und des Kreises zum Nachteil der Bürger und Steuerzahler eingeschränkt.

Die AfD unterstützt alle Konsolidierungsbestrebungen, die den **Schuldenabbau fördern** und durch **sparsame Haushaltsführung** Handlungsspielräume zu Gunsten der Bürger und Steuerzahler eröffnen.

Die AfD fordert, **Gewerbe- und Grundsteuern nicht weiter zu erhöhen**. Potenziale für zusätzliche Steuereinnahmen durch Neuansiedlung von Wohnbevölkerung und Gewerbe wollen wir nutzen. Landrat und Bürgermeister müssen sich **gegen immer neue Zuweisungen an Aufgaben und Verantwortlichkeiten durch Bund und Länder** aussprechen – hier wird die AfD entsprechend Druck ausüben. Falls dennoch solche Zuwächse erfolgen, sind sie durch Land und/oder Bund vollständig zu finanzieren.

Sogenannte Förderprogramme, die nur den Start kommunaler Projekte finanzieren und in den Folgejahren aus den kommunalen Finanzen getragen werden müssen, sind abzulehnen. Die AfD steht für zukunftssichere kommunale Investitionen, die den nachfolgenden Generationen **keine unnötigen Lasten** aufbürden.

Die Finanz- und Personalsituation in der Kreisverwaltung ist durch den Landrat dahingehend zu gestalten, dass die **Kreisumlage auch langfristig nicht erhöht** werden muss. Die AfD fordert, den in den vergangenen Jahren dort erfolgten massiven Personalaufbau zu revidieren.

Haushalt & Finanzen

Großprojekte müssen über ein durch jeden Bürger **einsehbares Projektmanagement** dargestellt werden, damit Bürger Termine und Kosten jederzeit mit den versprochenen Planungen vergleichen können. Grundstücks- und grundstücksgleiche Geschäfte, die regelmäßig im nichtöffentlichen Teil von (Rats)Sitzungen beschlossen werden, sind den Bürgern nach Art, Umfang und finanziellem Volumen in einer der nachfolgenden Sitzungen im öffentlichen Teil vorzustellen. Die AfD setzt sich für **maximale Transparenz** ein!

Das wirtschaftliche Verhalten der Kommunen gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. **Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen** oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine Amtshilfe beanspruchen. **Die Kommunen sind ihren Bürgern verpflichtet und nicht den Rundfunkanstalten**. Wir fordern daher, dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.

Die **kommunale Hundesteuer** macht nur einen verschwindend geringen Anteil des gesamten kommunalen Steueraufkommens aus. Politisch ist sie willkürlich, da die Höhe des Steuersatzes die Art des Hundes oder das Einkommen des Halters ignoriert. Als Steuerungselement, um weniger Hunde in einer Kommune zu haben, ist sie ineffektiv.

Eine **kommunale Reitabgabe für Pferdehalter** lehnt die AfD ab. Pferde haben in NRW immer eine große Rolle gespielt. Wurden sie einst als Nutztiere auf dem landwirtschaftlichen Betrieb gehalten, dienen sie heute vor allem einer naturnahen Freizeitgestaltung. Kinder lernen durch den Reitsport, Verantwortung zu übernehmen und sich Naturräume zu erschließen. Es gibt keine andere Sportart oder Freizeitgestaltung, bei der eine vergleichbare Abgabe erhoben wird. Die AfD setzt sich auf entsprechender Ebene für die Abschaffung von Hunde- und Pferdesteuer ein.

Gewerbe & Unternehmertum

Gewerbe & Unternehmertum

Die AfD steht für **soziale Marktwirtschaft** und unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik. Besonders der Mittelstand ist der Motor für unseren Wohlstand. Mittelständische Unternehmen brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

Die AfD setzt sich auf allen Ebenen für die **Förderung des Mittelstandes** ein, damit heimische Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis auch in Zukunft konkurrenzfähig bleiben. **Fachkräfte** sollen im Kreis gehalten werden.

Die AfD setzt sich für ein **effizientes Gewerbeflächen-Management** ein. Der Kreis muss ein attraktiver Wirtschaftsstandort für neu hinzuziehende Unternehmen, Existenzgründer, expandierende Kleinbetriebe und Handwerkerfirmen sein.

Die AfD setzt sich für den **stationären Handel** im Kreis ein. Entsprechende Rahmenbedingungen müssen bei der Stadtentwicklung oberste Priorität haben. Die leichte Zugänglichkeit für Kunden und Zulieferer sowie ausreichend bezahlbarer Parkraum sind eine Grundvoraussetzung. Der Handel und das Gastgewerbe sind von Belastungen durch unnötige bürokratische Auflagen zu befreien.

Kinder & Familien

Kinder & Familien

Die **traditionelle Familie als Keimzelle der Gesellschaft** besitzt für die AfD einen besonderen Stellenwert. Ehe und Familie stehen unter besonderem Schutz der staatlichen Ordnung. Das Grundgesetz verpflichtet nicht nur Bund und Länder, sondern auch Kommunen, Familien zu fördern (Artikel 6). Viele familienpolitische Weichen werden durch Bundes- und Landespolitik gestellt. Doch auch auf kommunaler Ebene können wir dazu beitragen, dass Städte und Gemeinden im Rheinisch-Bergischen Kreis attraktive Orte für die Gründung und den Zuzug von Familien sind.

Die traditionelle Einzelernährer-Familie ist aufgrund gestiegener Wohn- und Lebenshaltungskosten immer seltener anzutreffen – unabhängig davon, ob sich Eltern ein solches Rollenmodell wünschen oder nicht. Immer häufiger sind Familien auf mehrere Einkommen angewiesen. Scheidungsraten sind hoch, deshalb dürfen **Alleinerziehende** nicht aus dem Blick geraten. Die AfD setzt sich im Rheinisch-Bergischen Kreis für **ausreichend Kinderbetreuungs- und Kindergartenplätze mit flexiblen Betreuungs- und Öffnungszeiten** ein.

Egal ob städtischer, kirchlicher oder privater Träger: **Qualitätsstandards bei Personal, Ausstattung und Räumlichkeiten** müssen gewährleistet sein. Die **kindgerechte Vermittlung abendländischer Traditionen** unter **Einhaltung weltanschaulicher Neutralität** ist für uns wichtig. Die Umwidmung christlicher Feste aus „interkultureller Rücksicht" lehnen wir ab.

Der Rheinisch-Bergische Kreis bietet durch seine günstige Verkehrslage, seine Nähe zur Metropole wie auch zur Natur, und der vorhandenen Infrastruktur gute Voraussetzungen für junge Familien. Damit dies so bleibt, ist es elementare Zukunftsaufgabe der Kommune, den Nachwuchs im Kreis zu halten. Die AfD setzt sich für die **aktive Einbindung lokaler Unternehmen** ein. Ein Ausgleich zwischen Beruf und Familie, vor allem hinsichtlich flexibler Arbeitszeiten, Home Office, Vertrauensarbeitszeit usw. ist anzustreben. Familienfreundliche Arbeitgeber garantieren zufriedene Arbeitnehmer und sind die Grundlage für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Eine florierende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, die wiederum Familien anlocken und Einnahmen für die Kommune garantieren. Die AfD setzt sich für einen jährlichen Familienbericht ein, um eine präzise Datenbasis rund um Familien und Kinder in sozioökonomisch unterschiedlichen Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen.

Kinder & Familien

Auch im Rheinisch-Bergischen Kreis sind Mietkosten und Immobilienpreise exorbitant gestiegen. Die Gründe hierfür sind vielseitig und i.d.R. nicht kommunal verursacht. Die AfD im Kreis legt besonderen Wert auf den **Neubau bezahlbarer Wohnungen** für junge Familien. Darüber hinaus unterstützt die AfD den **Erwerb von Grundeigentum** junger Familien als beste Altersvorsorge („Baugeld vom Bürgermeister"). Hinsichtlich einer immer älter werdenden Gesellschaft darf das Zusammenleben der Generationen nicht außer Acht geraten. Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Zu einem attraktiven Familienstandort gehört ein vielseitiges Angebot an **Freizeitaktivitäten** und **Orten zur Erholung**. Die AfD wird sich für die Errichtung und Instandhaltung von Parks und Grünflächen, Spielplätzen, Skateparks und öffentlichen Trainingsplätzen einsetzen. Auch in Zeiten von Wohnraumknappheit müssen „Oasen" für Kinder und Familien in der Stadt erhalten bleiben und dürfen nicht rigoros bebaut werden.

Bildung & Kultur

Bildung & Kultur

Bildung ist das höchste Gut, das man Heranwachsenden mit auf den Lebensweg geben kann. Die AfD steht auf allen Ebenen für ein **differenziertes und vielseitiges Schulsystem** ein, das Humboldtschen Bildungstraditionen entspricht und unterschiedlichen Begabungen gerecht wird. Wir lehnen Gleichmacherei und zunehmende Nivellierung von Leistungsniveaus ab. Gleichzeitig stehen wir zum deutschen Erfolgsmodell der **dualen Berufsausbildung** und möchten einen Beitrag gegen die Inflation von Bildungsabschlüssen leisten. Nicht nur Abitur und Studium führen zum beruflichen Erfolg. Auch mittlere Bildungsabschlüsse und Ausbildungsberufe verdienen gesellschaftliche Anerkennung. Des Weiteren befürworten wir Qualifikationen und Abschlüsse über den „zweiten Bildungsweg".

Die AfD setzt sich für den **Erhalt von Förderschulen** im Rheinisch-Bergischen Kreis ein. Die systematische Inklusion von stark lernbehinderten Schülern dient keiner Seite und überfordert das Lehrpersonal. Auch hier ist Differenzierung und gezielte Förderung der bessere Weg.

Gute Bildung bedarf **guter Ausstattung unserer Schulen mit Personal, Räumlichkeiten und Material**. Die AfD setzt sich dafür ein, den Sanierungsstau bei Schulgebäuden im Rheinisch-Bergischen Kreis abzubauen und die **Digitalisierung** dort, wo sie Sinn macht, zu fördern.

Um notwendige Fachkräfte für Handwerk, Industrie, Wissenschaft und Forschung auszubilden, setzt sich die AfD für gut ausgestattete **Berufsschulen** mit einem erweiterten Ausbildungsangebot im Kreis ein. Wir setzen uns zudem für die Ansiedlung von Zweigstellen **akademischer Bildungseinrichtungen** ein.

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. **Offene Ganztagsschulen** mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Ein solches Angebot darf jedoch nicht für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein.

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen.

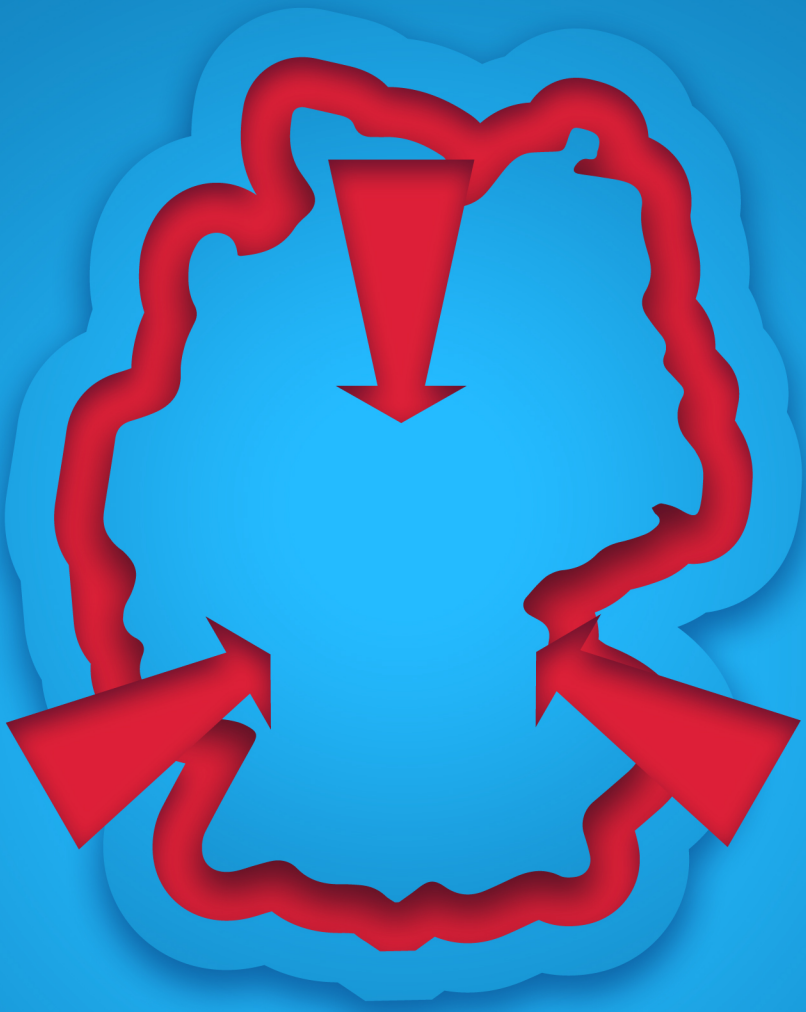
Bildung & Kultur

Der AfD ist die Bewahrung und Pflege unserer Kultur ein wichtiges Anliegen. Kultureinrichtungen zum Erreichen dieses Zieles werden wir intensiv fördern. Die Förderung ideologisch **fragwürdiger „Diversity"- und Genderideologien** auf Steuerzahlerkosten lehnen wir ab. Keinesfalls dürfen unsere Schulen zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD sieht diesen Grundwert als gefährdet an und setzt sich für Maßnahmen zur **Einhaltung des Neutralitätsgebotes an Schulen** ein.

Das **regionale Brauchtum** hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des rheinisch-bergischen Heimatgefühls. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Einer Umbenennung des Sankt-Martins-Umzugs in „Lichterfest" treten wir entschieden entgegen! Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen. Ein gut gestalteter Online-Katalog, der Online-Versand von Büchern und die Kooperation mit Schulen erschließen ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt. Die AfD wird sich hierfür stark machen.

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die **musikalische Bildung** und das Musizieren wirkt sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen. Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offen steht.



Asyl & Zuwanderung

Asyl & Zuwanderung

Die AfD steht für eine **qualifizierte Zuwanderung** und ein **funktionierendes Asylsystem**. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, ist es unabdinglich, dass wir selbst entscheiden, wer zu uns kommt. Gleichwohl schätzen wir alle rechtmäßig zugewanderten Mitglieder unserer Gesellschaft, die sich integrieren, unsere freiheitlich-demokratischen Werte teilen und durch Anstrengung und Fleiß zum Wohlstand unseres Landes und zum Erhalt unserer rechtsstaatlichen Ordnung beitragen. **Die Utopie der multikulturellen Gesellschaft** betrachten wir als gescheitert. Wir wünschen uns ein allmähliches Zusammenwachsen aller Bürger – dies bedingt einen kontrollierten und quantitativ begrenzten Zuzug von Zuwanderern.

Die Kommunen sind durch das derzeitige **Verteilungssystem für Asylbewerber**, dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, unangemessen benachteiligt. Die Verteilung berücksichtigt weder die finanzielle Situation einer Kommune, noch den zur Verfügung stehenden Wohnraum vor Ort. Dies führt in fast allen Fällen zu hohen lokalen Kosten, die nur ungenügend von höherer Ebene erstattet werden. Außerdem führt eine solche Praxis zur weiteren Verknappung des Wohnraumangebotes. In NRW bleiben die Kosten für Sozialleistungen, Unterbringung, Betreuung usw. nach drei Monaten bei der Kommune hängen. Die AfD setzt sich auf allen Ebenen für eine maßgebliche Änderung des Königsteiner Schlüssels ein. Dadurch soll die spezifische Situation der Kommunen berücksichtigt und gewährleistet werden, dass eine übermäßige finanzielle Belastung und eine weitere Verschuldung der Kommunen verhindert wird.

Die AfD setzt sich für einen umfassenden und automatisierten Datenaustausch und Abgleich (Monitoring) mit Bundes- und Länderbehörden ein, um **Asylmissbrauch effizienter zu bekämpfen**. Ziel dieser Maßnahmen muss sein, Leistungsmissbrauch zu verhindern. Die AfD wird sich auch auf kommunaler Ebene für eine lückenlose und präzise Erfassung und Identifizierung aller Asylbewerber einsetzen. Im Falle von Personen, die behaupten, minderjährig zu sein, es aber augenscheinlich nicht sind, befürworten wir eine **verpflichtende Altersuntersuchung**. Wir fordern, volljährige vollziehbar Ausreisepflichtige, insbesondere Straftäter, schon vor dem Abschiebungstermin mit einer elektronischen Fußfessel überwachen zu lassen, um zu verhindern, dass sich diese ihrer Abschiebung entziehen.

Asyl & Zuwanderung

Die AfD setzt sich dafür ein, Integrationsmaßnahmen des Rheinisch-Bergischen Kreises für lediglich temporär Bleibeberechtigte zu beenden. Stattdessen muss die **Vorbereitung auf eine Heimkehr** nach Wegfall des Aufenthalts- bzw. Fluchtgrundes im Vordergrund stehen, so dass am Wiederaufbau im Herkunftsland mitgewirkt werden kann. In Fällen unverhältnismäßiger Härten können Ausnahmen gemacht werden. Grundsätzlich lehnen wir jedoch den sogenannten „Spurwechsel" ab. Ein illegaler Grenzübertritt darf nicht in Legalität münden. Kettenduldungen müssen beendet werden.

Wer legal Schutz erhält, hat Anspruch auf Nahrung, Obdach, medizinische Behandlung und Sicherheit. Es besteht **kein automatischer Anspruch auf gleichwertigen Zugang zu Sozialleistungen**, die von unseren Steuer- und Beitragszahlern finanziert werden. Die AfD wird sich auch im Rheinisch-Bergischen Kreis dafür einsetzen, humanitär gebotene Leistungen ausschließlich in Form von Sachleistungen zu erbringen. Gleichzeitig setzt sich die AfD auf Bundesebene für die Anpassung der Gesetzeslage ein.

Unser nördlicher Nachbar Dänemark hat äußerst positive Erfahrungen mit der zentralen Unterbringung von Asylbewerbern gemacht. Dies ermäglicht eine bessere Kontrolle, schützt die eigenen Bürger und auch die legal Bleibeberechtigten und setzt weitere Anreize für eine freiwillige Ausreise illegaler Migranten. Die AfD ist auch im Rheinisch-Bergischen Kreis **gegen eine dezentrale Unterbringung** von Asylbewerbern, insbesondere in Zeiten von Wohnungsknappheit.

Zu den gescheiterten Integrationskonzepten in NRW gehören die 1994 eingeführten Ausländerbeiräte (2009 umbenannt in Integrationsräte). Sie sind fehlkonzipiert, weil sie die Verschiedenheit der einzelnen Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung betonen und so ihre Abgrenzung befördern. Sie sind undemokratisch, weil deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund gar kein Wahlrecht haben. Integrationspolitisch können sie keinerlei Erfolge vorweisen und erreichen nicht einmal ihre eigene Zielgruppe, denn die Beteiligung an den Integrationsratswahlen ist verschwindend gering (zuletzt 11 bzw 14 Prozent der Wahlberechtigten). Die Integrationsräte sind daher auch in keiner Weise repräsentativ – während die Selbstsegregation nach ethnischen Merkmalen im Land fortschreitet.

Asyl & Zuwanderung

Die AfD-Fraktionen im Kreis werden deshalb überall für die Einrichtung von **Integrationsausschüssen statt Integrationsräten** eintreten. Damit stellt der Rat gemäß Gemeindeordnung den Ausschussvorsitz, und der Ausschuss ist in die Beratungsfolge einbezogen. Die Richtlinien für die Integrationsausschüsse sind im Übrigen so zu gestalten, dass immer auch nach dem Beitrag der Migranten zur Integration (Bringschuld) gefragt wird.

Die AfD spricht sich **gegen die Selbstdeklaration nordrhein-westfälischer Städte und Kommunen zu „sicheren Häfen" für Migranten** aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden. Da nach Zuerkennung eines Schutzstatus Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden, hätten im Ergebnis der Bund und somit alle Bürger unseres Landes für die finanziellen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgekosten solcher Alleingänge auf kommunaler Ebene zu bezahlen.

Die AfD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, die rechtliche Grundlage für ein **Verbot der Vollverschleierung** im öffentlichen Raum zu schaffen.

Verkehr & Infrastruktur

Verkehr & Infrastruktur

Die AfD setzt sich für verstärkte **Investitionen in moderne Verkehrswege und Infrastruktur** ein. Dabei soll der öffentliche Personennahverkehr gefördert, der Individualverkehr aufgrund abstrakter „Klimavorgaben" jedoch nicht behindert werden. Wir setzen uns für die Sanierung der in vielen Bereichen maroden Verkehrswege im Rheinisch-Bergischen Kreis ein und unterstützen den **flächendeckenden Ausbau eines schnellen Internets**.

Die AfD unterstützt ein Verkehrskonzept, das den öffentlichen Fahrrad-, Fußgänger- und Personennahverkehr als gleichwertig gegenüber dem Automobilverkehr berücksichtigt. Ein Umschwenken der Autofahrer zur ÖPNV-Nutzung soll durch bedarfsgerechte Angebote und eine nachfrageorientierten Taktung von Buslinien erfolgen, nicht jedoch durch Autofahrverbote.. Radikale Maßnahmen wie „autofreie Innenstädte", Erhöhung der Parkgebühren oder systematischen Parkplatzabbau lehnen wir im Sinne der **Freiheit des Individualverkehrs** ab.

Die **einseitige Subventionierung von E-Mobilität und Wasserstoffantrieb** auf Steuerzahlerkosten sehen wir aus vielerlei Hinsicht als Irrweg an. Dafür benötigte Rohstoffe wie Lithium und Kobalt werden unter unmenschlichen und ökologisch fragwürdigen Bedingungen gewonnen und transportiert. Hinzu kommen die mangelhafte Reichweite von Batterieautos besonders bei Kälte und der ausgesprochen kostspielige Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur und Stromversorgung. Der einseitige Fokus auf E-Mobilität bei gleichzeitiger Dämonisierung von Verbrennungsmotoren sorgt schon jetzt für den Verlust unzähliger Arbeitsplätze bei Automobilzulieferern, auch im Rheinisch-Bergischen Kreis. Eine diskutable Ausnahme bilden elektrische Oberleitungsbusse. Die AfD steht für eine ergebnisoffene Debatte.

Verkehr & Infrastruktur

Auch die subventionierte Wasserstofftechnologie ist verlustreich und risikobehaftet. Hamburg hat seine Wasserstoffbusflotte wieder abgeschafft, weil die Technik noch nicht ausgereift war. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir darin keine nachhaltige Lösung.

Die AfD setzt auf **technologieoffene Forschung**. Im Interesse der deutschen Automobilindustrie und ihrer Zulieferer im Mittelstand sollen die in den letzten Jahren immer umweltschonenderen Verbrennungsmotoren dabei einbezogen werden. Ideologische Diesel-Fahrverbote, die insbesondere Handwerker-Transporter daran hindern würden, ihre Kunden zu bedienen, lehnen wir im gesamten Kreisgebiet kategorisch ab.

Die „Energiewende“ sorgt für die teuersten Strompreise Europas, gefährdet die unterbrechungsfreie Stromversorgung und führt zu hohen Risiken in der Daseinsvorsorge. Die AfD wird sich für eine Analyse der Versorgungssicherheit der Bevölkerung bei Stromausfall mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Erdgas, Medikamenten und anderen lebenswichtigen Gütern sowie der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit einsetzen.

Umwelt & Klima

Umwelt & Klima

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist ein lebenswerter Kreis zwischen pulsierender Metropole und Naturschutzgebieten. Diesen gemischten Charakter möchten wir als AfD erhalten.

Bei Bauprojekten soll der **Einfluss auf das Mikroklima** berücksichtigt werden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass in Bebauungsgebieten ausreichend **Frischluftschneisen** eingeplant werden. Zusätzliche **Flächenversiegelung soll auf ein Minimum begrenzt** werden. Außerdem befürworten wir weitere umweltfreundliche Maßnahmen wie **Dachbegrünungen**, **Baumpflanzungen**, zusätzliche **Grünflächen** und die **Regenwassernutzung** zur Kühlung.

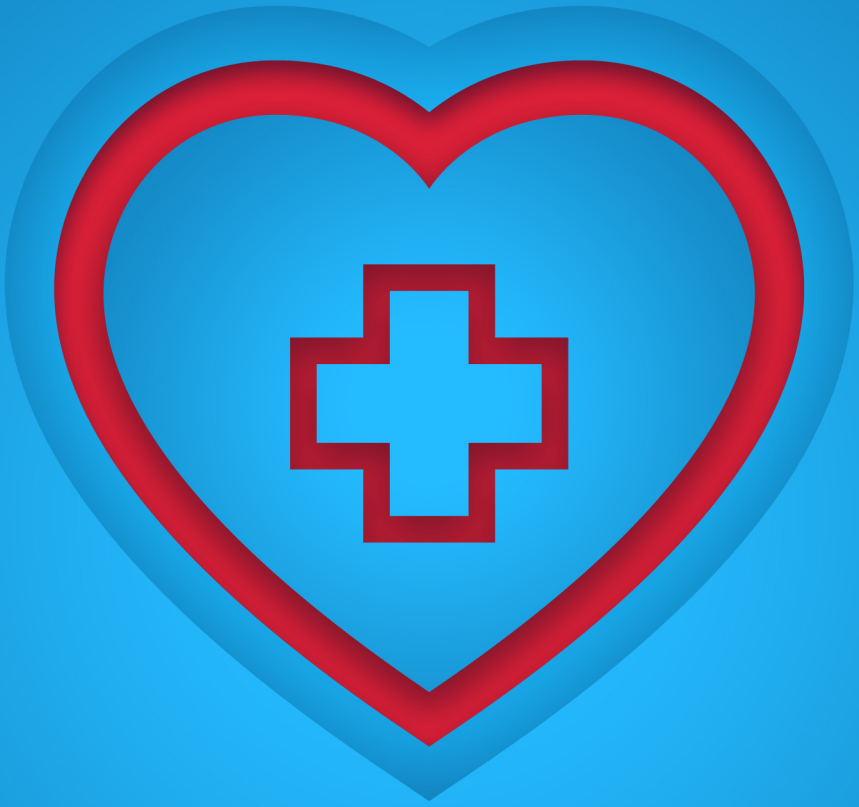
Wir lieben die Natur unserer bergischen Heimat und möchten sie hegen und bewahren – ein urkonservatives Anliegen. Zum nachhaltigen Umweltschutz gehört, Wälder wie den Königsforst an sich ändernde klimatische Bedingungen anzupassen. **Heimische Wälder müssen zukunftssicher gemacht werden**, indem der Baumbestand sukzessive auf Baumarten umgeforstet wird, die ein wärmeres Klima und größere Dürreperioden vertragen und gegenüber dem Borkenkäfer widerstandsfähiger sind. Darüber hinaus befürworten wir Aufforstungen, um naturraumtypische Biotope zu erhalten. Die AfD steht für **konkreten Umweltschutz** – aber konsequent gegen Weltrettungsfantasien der Klimahysteriker!

Eine Erderwärmung findet statt. Den Klimawandel hat es schon immer gegeben. Darüber sollten wir nicht in Hysterie verfallen. Kindern darf nicht suggeriert werden, dass die Welt untergeht. Es dürfen keine panikhaft subventionierten Transformationsprozesse erzwungen werden, die den Wohlstand in Deutschland bedrohen, den Individualverkehr lokal erschweren und global gesehen keinen effektiven Nutzen haben. Auch Bergisch Gladbach gehört auf Druck der Grünen zum internationalen Unterstützerkreis der „Climate-Emergency"-Resolution. So wurde der **„Klimanotstand"** durch die Hintertür ausgerufen. Wir lehnen das ab.

Umwelt & Klima

Nur die AfD traut sich, die Klimahysterie kritisch zu hinterfragen. Geldausgaben für den sogenannten „Klimaschutz" lehnen wir aufgrund ihrer globalen Wirkungslosigkeit als Geldverschwendung ab. Die AfD befürwortet jedoch nachhaltige Investitionen, die die Infrastruktur an sich ändernde klimatische Bedingungen anpassen.

Die Baumschutzverordnungen erhöhen die Baum-Unterhaltskosten der Eigentümer. Pseudo-Naturschutz und Bevormundung von Baumeigentümern wollen wir beenden. Dass Baumschutzverordnungen nicht notwendig sind, zeigen all jene Gemeinden, die auch ohne zusätzliche Regulierung einen hohen Baumbestand vorweisen können. Wir wollen die **kommunalen Baumschutzverordnungen daher abschaffen** bzw. keine weiteren erlassen.



Gesundheit & Pflege

Gesundheit & Pflege

Im Rheinisch-Bergischen Kreis bestehen vier Krankenhäuser mit einem breiten medizinischen Angebot. Im Vergleich zu anderen Kreisen ist das Verhältnis zwischen Einwohnern und bereitgestellten Betten extrem niedrig. Die AfD sieht sich in der Pflicht, die Krankenhäuser im Rahmen der Krankenhausplanung in NRW zu unterstützen, so dass im Kreis entgegen der landesweiten Tendenz **kein Bettenabbau** erfolgt.

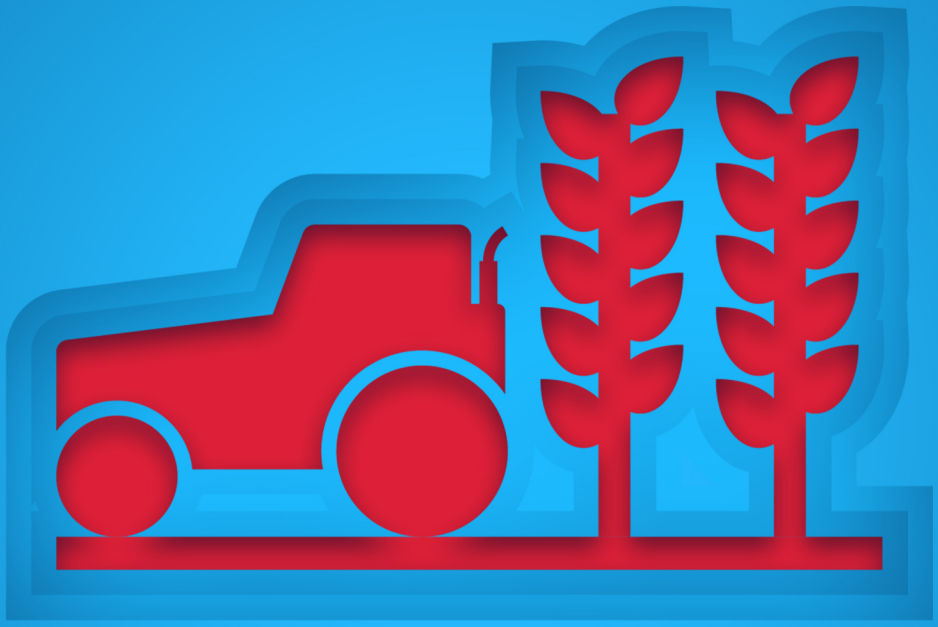
Die Anzahl niedergelassener Ärzte pro Einwohner liegt im Kreis unter dem Durchschnitt des Landes. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die **ambulante Versorgung nicht ausgedünnt** wird.

Der Bedarf in der Pflege wird sich in den kommenden Jahren maßgeblich erhöhen. Gegenwärtig sind die Pflegeeinrichtungen im Kreis bereits hoch ausgelastet. Ein steigender Bedarf zeichnet sich auch für die ambulante Pflege ab. Die AfD setzt sich für einen gezielten **Ausbau der notwendigen Kapazitäten** ein.

Parallel dazu setzt sich die AfD dafür ein, die **häusliche Pflege** durch Erhöhung der Vergütung, Abbau von Bürokratie und eine zielgerichtete Informationsstrategie zu fördern.

Sport fördert die Gesundheit, den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Integration. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD sind die Förderung und der **Ausbau des Breiten-, Behinderten- und Gesundheitssports** genauso wichtig wie der Spitzensport.

Sowohl für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die **Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur** von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Sportinfrastruktur in den Kommunen und Vereinen aufzuhalten und der Sanierungsstau zu beenden. Vor allem: Bei Schulsportstätten und Schwimmhallen. Die Mittel für die Sanierung von Schulsporthallen sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.



Landwirtschaft & Ernährung

Landwirtschaft & Ernährung

Jedes Jahr sinkt die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Auch in Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises spielt die Landwirtschaft eine wesentliche Rolle, vor allem in Burscheid und Kürten. Doch auch hier geht die Zahl der Bauernhöfe stetig zurück.

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind gleichermaßen **Versorger wie Heimat- und Kulturlandschaftspfleger**. Sie gestalten und bewahren unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Kreisgebiet muss langfristig umweltverträglich und werterhaltend sein, um künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD befürwortet die Verpachtung gemeindeeigener Äcker und Wiesen an ortsansässige landwirtschaftliche Betriebe **ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform** (ökologisch oder konventionell).

Wir setzen uns auf Kreis- und Gemeindeebene für die **Abschaffung vieler nicht mehr zeitgemäßer oder regional nicht passender Verordnungen** ein. Niemand kennt seine Regionen besser als die jeweilige unterste Entscheidungsebene. Die AfD fordert **Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis**. Die bewährten Zulassungsstandards dürfen weder vernachlässigt noch praxisfern verschärft werden. Verunkrautung, Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall sind eine ernstzunehmende Gefahr für Nutzpflanzen. Die AfD lehnt eine **Novelle der Düngerverordnung** ab, solange es keine einheitlichen Standards für die Beurteilung der Nitratbelastung gibt.

Die Landwirte versorgen die Bevölkerung mit hochwertigen Produkten und immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Wir wollen die Vernetzung der Landwirte mit der Bevölkerung durch Bauernmärkte, Wochenmärkte und die Teilnahme an regionalen Ausstellungen im Kreis fördern. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung bergischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die **regionale Vermarktung stärken**. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

Landwirtschaft & Ernährung

Aufgrund der EU-Hygiene- und -Bürokratievorschriften schlachten viele Metzger nicht mehr selbst. **Regionale Schlachthöfe** schließen und die Tiere werden zu weit entfernten Schlachtbetrieben transportiert. Mit Hygienevorschriften nach Maß und dem Abbau unnötiger Bürokratie wollen wir den örtlichen Metzgereien die eigene Schlachtung erleichtern. Die Kunden sollen weiterhin beim örtlichen Metzger regionale Fleisch- und Wurstwaren kaufen können, der die Tiere der heimischen Bauern schlachtet und verarbeitet.

Mündigen Bürgern sollten keine Vorschriften gemacht werden, was sie essen und trinken dürfen. In öffentlichen Kantinen, Kindertagesstätten und Kindergärten befürworten wir jedoch gesunde und abwechslungsreiche Mahlzeiten aus **regionalen Zutaten und artgerechter Tierhaltung**.

Impressum

AfD Rheinisch-Bergischer Kreis
c/o AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Kontakt: info@afd-rbk.de

www.afd-rbk.de

www.facebook.com/AfD.RBK

Notizen

Notizen

Für unsere Leute.

AfD

Rheinisch-Bergischer Kreis